



Haushaltsrede der AfD-Fraktion im Kreistag des RP-Kreises für den Haushalt 2020

Gehalten von Dr. Stefan Scheil (Fraktionssprecher)

Sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrter Herr Landrat,

das Gute zuerst: wer sich die Haushaltszahlen des Rhein-Pfalz-Kreises in den letzten Jahren vor Augen führt, bekommt zunächst ein sehr positives Bild. So konnten die Schulden des Kreises, die in früheren Jahren unaufhaltsam zu steigen schienen, seit 2016 in erheblichem Ausmaß zurückgeführt werden, und zwar von über 90 auf aktuell knapp 70 Millionen Euro. Das ist die Kennzahl, die den Bürger am meisten interessieren wird, deshalb will ich damit auch beginnen.

Jetzt kann es für eine solche positive Entwicklung im Prinzip zwei Ursachen geben: Eine bewußt sparsame Haushaltsführung oder einen erheblichen Anstieg der Einnahmen.

Bei den Einnahmen kommt beispielsweise die Entwicklung der Kreisumlage als einem der größten Posten ins Spiel. Deren Umfang wurde seit 2006 von damals 37% nach und nach auf heute 42 % erhöht. 2011 erreichte sie zum erstenmal diese 42%, was dem Kreis damals Einnahmen von rund 47,5 Millionen Euro bescherte. Auch 2020 wird an diesen 42 % festgehalten, was im kommenden Jahr allerdings zu kalkulierten Einnahmen von 74,8 Millionen Euro führen wird. Das ist eine Erhöhung um gut 57 % in acht Jahren. Der Rhein-Pfalz-Kreis ist in diesen Jahren sehr finanzstark gewesen, was natürlich dazu führt, daß eine Kreisverwaltung auch über entsprechende Mittel verfügen kann.

An dieser Stelle würden wir uns etwas mehr Transparenz bei den Angaben zur Zusammensetzung dieser Einnahmen wünschen. Seite 13 des Haushaltsplans gibt an, daß der größte Aktivposten von 162 Millionen Euro unter die Kategorie „Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge“ fällt. Auch hier wird für 2019 auf 2020 eine Steigerung der Einnahmen angegeben, und zwar um fast 9 Millionen.

Aufgeschlüsselt wird im weiteren, daß mit diesen Einnahmen eben die Kreisumlage, sowie die verschiedenen Schlüsselzuweisungen des Landes gemeint sind. Die machen allerdings zusammen nur 115 dieser 162 Millionen aus. (S. 17-19) Hier wären aus unserer Sicht weitere Angaben wünschenswert.

Ebenfalls mit in diese Kategorie ‚Zuwendungen‘ fällt laut den Angaben im Haushaltsplan die ‚Investitionsschlüsselzuweisung‘. Sie mußte anders als 2018 und 2019, ich zitiere, „wieder zum Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt geplant werden“ (S. 14). Für eine Einschätzung, wie dies rechtlich zu beurteilen ist, möchte ich eine Passage aus einer früheren Haushaltsrede der FDP zitieren:

„Der Ausweis der Investitionsschlüsselzuweisung im Ergebnishaushalt ist nur ein Entgegenkommen der Landesregierung, um die Defizite in den Kommunen zu verschönern und widerspricht eigentlich der Gemeindehaushaltsverordnung.“ (Creutzmann, Rede zum Haushalt 2018).

Hier wird also wohl eine Buchung vorgenommen, um den Haushalt besser aussehen zu lassen, als er eigentlich ist. Wir können darüber kein abschließendes Urteil fällen, werden diesen Punkt aber im Auge behalten.

Trotz des kontinuierlichen Anstiegs der Einnahmen aus der Kreisumlage ist die Verschuldung des Kreises seit 2011 zunächst von damals 70 Millionen auf über 90 Millionen im Jahr 2016 gestiegen. Seitdem konnte sie wie gesagt wieder auf den aktuellen Stand von 70 Millionen zurückgeführt werden. Sie soll im nächsten Jahr aber wieder kräftig steigen, und zwar auf über 80 Millionen Euro (Haushaltsplan S. 49). Das ist im inner-Rheinland-Pfälzischen Vergleich zwar pro Einwohner immer noch relativ wenig, doch wird diese Statistik natürlich von etlichen absoluten Sanierungsfällen wie Ludwigshafen und Kaiserslautern verzerrt.

Über die Gründe für den wahrscheinlich kommenden Schuldenanstieg wurde in den letzten Wochen in verschiedenen Ausschüssen berichtet. Sie sind überwiegend extern und liegen teilweise in neuen gesetzlichen Vorgaben aus dem Bundesteilhabegesetz, deren Kosten überhaupt noch nicht abzusehen sind. Ebenfalls nicht abzusehen sind die Entwicklungen im Bereich der Zuwanderung, wo – wie uns mitgeteilt wurde – für das kommende Jahr mit noch unbekanntem, aber wohl stark steigenden Zahlen gerechnet wird und die Verwaltung sich von Bund und Land seit Jahren als zu wenig informiert sieht.

Ein wichtiges Element bilden natürlich die Kosten für die Bewältigung dieser Zuwanderung, die sich in vielen Teilhaushalten niederschlägt. An direkten Kosten für ‚Asylbewerber‘ nennt der Haushalt im Produkt 3130 rund sieben Millionen Euro, die Abwicklung aufenthaltsrechtlicher Aufgaben schlagen mit einer weiteren $\frac{3}{4}$ Million Euro zu Buche (Produkt 1225). Weitere Aufwendungen in diesem Bereich fallen im Bereich Jugendhilfe an. Wie zu hören, wird auch ein neues eigenes Projekt zur Integration derjenigen aufgelegt, die bisher jedem Integrationsversuch widerstanden haben, aber trotz fehlendem Aufenthaltsrecht zu keiner Rückkehr zu bewegen sind.

Insgesamt sehen wir zahlreiche Haushaltsrisiken und stufen die vorliegenden Zahlenangaben als zu wenig transparent ein. Rechtlich Bedenklich ist, wie oben erwähnt, auch die Verbuchung der Investitionsschlüsselzuweisung. Wir entnehmen den Informationen der Kreisverwaltung, daß auch dort über zahlreiche Umgruppierungen und Umbenennungen einzelner Haushaltsposten Irritation besteht. Wir können dem Haushalt also in dieser Form nicht zustimmen.

Dessen ungeachtet möchten wir uns ebenfalls für die in der Regel kollegiale Atmosphäre im Kreistag und die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Kreisverwaltung bedanken.

Vielen Dank also und Ihnen allen einen schönen Jahresausklang.

